

Die Aserbaidtschan-Clique

Eine allgemeine Atmosphäre der Käuflichkeit

Ein Gespräch mit Gerald Knaus, dessen Denkfabrik „Europäische Stabilitätsinitiative“ die zweifelhaften Verbindungen von Bundestagsabgeordneten nach Aserbaidtschan aufgedeckt hat.

Von MICHAEL MARTENS



© laif

Verwöhnte Abgeordnete des Europarats wollten hier keine politischen Gefangenen entdecken: Blick auf die Stadt Baku mit flammenförmigen Hochhäusern.

Herr Knaus, Sie haben mit Berichten Ihrer Denkfabrik, der „Europäischen Stabilitätsinitiative“, kurz ESI, vor mehr als zehn Jahren eine Entwicklung angestoßen, die nun auch im Bundestag Wellen schlägt: Offenbar haben sich mehrere jetzige und frühere Abgeordnete der CDU/CSU vom Regime des aserbaidtschanischen Diktators Ilham Alijew kaufen lassen. Wie begannen diese Recherchen?

Wir forschten 2009 in Aserbaidtschan eigentlich zur Lage von Frauenrechten, als es zu einem umstrittenen Referendum kam, das eine lebenslange Präsidentschaft von Ilham Alijew ermöglichen sollte. Es kam zu Protesten und Verhaftungen. Zwei junge Aktivistinnen, die wir kannten, wurden in einem Restaurant in Baku von bezahlten Hooligans zusammengeschlagen. Als sie zur Polizei gingen, wurde nicht gegen die Täter ermittelt, sondern sie wurden festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt. Da beschlossen wir, die Lage junger Dissidenten zu erforschen, und stießen auf Unerwartetes: Während die Repression im Land immer schlimmer wurde, wurde zugleich die Beurteilung der Lage durch den Europarat, in den Aserbaidtschan 2001 aufgenommen wurde, immer positiver. Das war merkwürdig. Wir begannen zu forschen, wie es dazu kommen konnte.

Am Anfang stand noch kein Korruptionsverdacht gegen westliche Politiker?

Was wir bald über den Europarat und dort aktive europäische Politiker herausfanden, hätte ich mir nicht vorstellen können. Ich war naiv. Im Jahr 2012 erklärten uns dann Insider, wie diese Politik funktionierte: Parlamentarier aus ganz Europa erhielten Schmuck, Urlaubsreisen und Geld, Wahlbeobachter auch Zehntausende Euro für positive Äußerungen über Aserbaidschan. Mitarbeiter des Europarats bestätigten uns hinter vorgehaltener Hand, Aserbaidschans Vorgehen sei in Straßburg ein offenes Geheimnis. Andere Parlamentarier erklärten, sie hätten einige Kollegen lange schon im Verdacht, da sie sich in Baku merkwürdig verhielten. Doch wie darüber schreiben ohne harte Beweise? Es ging zunächst darum, genau zu erklären, wie das Regime strategisch Stimmenkauf im Europarat betrieb und zu beschreiben, wer sich öffentlich wie über Aserbaidschan äußerte und abstimmte. Wir zeichneten nach, wie Seilschaften im Europarat systematisch Apologeten des aserbaidschanischen Regimes in führende Stellungen hievt. Wir sahen: Gewisse Abgeordnete meldeten sich bei jeder Debatte zu Aserbaidschan zu Wort, um das Regime zu verteidigen. Viele Politiker aus ganz Europa fuhren regelmäßig nach Baku, um dort als Wahlbeobachter Wahlen als frei und fair zu bezeichnen, obwohl diese Abstimmungen wie in der DDR abliefen.

Und Sie glaubten, dieses System mit ein paar Berichten zum Einsturz bringen zu können?

Wir hofften: Wenn wir dies beschreiben, wird es eine Untersuchung geben müssen. Es ging um Bestechung von Abgeordneten in der wichtigsten Menschenrechtsinstitution Europas. Doch auch das war naiv. In den nächsten fünf Jahren wurde alles noch viel schlimmer, in Aserbaidschan wie im Europarat.

ESI hat den Begriff von Aserbaidschans „Kaviar-Diplomatie“ geprägt – was bedeutet das?

So nannten wir unseren Bericht vom Mai 2012, in dem wir beschrieben, wie das Alijew-Regime den Europarat unterwanderte. Das Symbol dieser Politik war Kaviar, doch tatsächlich ging es um sehr viel Geld. Schmuck, teure Teppiche, Einladungen mit Business-Klasse-Flügen nach Baku samt Zwischenaufenthalt in Istanbuler Luxushotels. Das war ein Test: Wer solche Geschenke annahm, war ein Kandidat für weitere, größere. So lief es auch im Fall des italienischen Christdemokraten Luca Volontè, der im Januar dieses Jahres wegen Annahme von Bestechungsgeldern aus Aserbaidschan in Mailand in erster Instanz zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Volontè war nicht irgendein Abgeordneter, sondern Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei, der größten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, zu der auch die CDU gehört. Er half mit anderen, die er in E-Mails an seine Komplizen in Baku aufzählte, eine Mehrheit von Abgeordneten zu mobilisieren, um im Januar 2013 eine Resolution zu politischen Gefangenen in Aserbaidschan niederzustimmen. Eine Folge dieser skandalösen Abstimmung war eine weitere Verhaftungswelle in Aserbaidschan. Auch all jene, die in Baku mit dem Europarat kooperiert hatten, wurden verhaftet. Eine andere Folge war, dass Alijew öffentlich kalt lächelnd erklären konnte, es gebe in seinem Land keine politischen Gefangenen – das habe schließlich der Europarat bestätigt, mit 125 Stimmen.

Ließ sich das gerichtsfest nachweisen?

Nur dann, wenn Staatsanwälte es auch vor Gericht brachten wie in Mailand. Die italienische Staatsanwaltschaft zeigte, dass Volontè Ende 2012 eine „Beratungsfirma“ in Mailand gegründet hatte. Drei Wochen später gingen über eine Briefkastenfirma 220000 Euro aus

Aserbaidschan auf deren Konto ein. Bis Mitte 2014 wurden am Ende insgesamt 2,4 Millionen Euro an Volontè überwiesen, und er erwartete sogar mehr als 10 Millionen. Dass es dazu nicht kam, lag an der italienischen Bankenaufsicht und an Mailänder Staatsanwälten, die bei einer Razzia Volontès Kommunikation mit den aserbaidschanischen Geldgebern sicherstellten.

Welche Verbindungen gab es nach Deutschland?

Schon Jahre zuvor ergriff auch der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Eduard Lintner, unter anderem Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium und bis Januar 2010 im Europarat, dort stets für Aserbaidschan Partei. Auch Lintner fuhr regelmäßig zu Wahlbeobachtungen nach Aserbaidschan, während und nachdem er im Europarat saß. Er lobte selbst die vollkommen manipulierten Parlamentswahlen 2013 als vorbildlich. Lintner finanzierte auch „private Wahlbeobachtungsmissionen“ anderer Politiker, die in Baku stets zu Bewunderern des Regimes mutierten. Die gleichen Briefkastenfirmen, mit Besitzern auf den Jungferninseln, die Geld aus Baku an Volontès Beratungsfirma überwiesen hatten, überwiesen Geld an Lintner. Seit Anfang 2020 untersuchen deutsche Staatsanwälte, was es damit auf sich hatte.

Die große Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag ist gewiss nicht korrupt. Wieso aber duldeten sie jahrelang deutliche Hinweise auf dubiose und wohl auch lukrative Kontakte einiger Fraktionskollegen nach Aserbaidschan? Aus Parteidisziplin? Überlastung? Desinteresse?

Aserbaidschan und der Europarat erschienen vielen vermeintlich als abseitige Themen, mit denen sich Wähler in Deutschland nicht mobilisieren lassen. Aber es ist ein Trugschluss zu denken, dass sei weit weg und gehe uns nichts an. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg, die viermal im Jahr tagt, sitzen Abgeordnete aus nationalen Parlamenten, im Falle Deutschlands also aus dem Bundestag. Wenn Abgeordnete sich in Straßburg bestechen lassen, wirken sie danach in nationalen Parlamenten in diesem Sinne weiter, als korrumpierte Politiker. Und wenn selbst wir, eine kleine Denkfabrik aus Kreuzberg, erfahren konnten, was in Straßburg passierte, dann wissen die Geheimdienste großer Länder das gewiss auch. So werden Politiker erpressbar – auch in nationalen Parlamenten und in ihrer späteren Karriere. Luca Volontè traf sich in Baku mit aserbaidschanischen Mittelsmännern im Beisein von Mitgliedern der russischen Europaratsdelegation, um Strategien abzusprechen. Hinzu kommt: Die Parlamentarier des Europarats wählen die Richter des Menschenrechtsgerichtshofes.

In Italien und Deutschland ermitteln Staatsanwaltschaften gegen mögliche Beteiligte an dem Korruptionskartell. Gab es in anderen Staaten Reaktionen?

Es müssten auch in anderen Ländern Staatsanwaltschaften den Hinweisen nachgehen. Bisher blieben aber fast alle Apologeten des Regimes, über die wir berichteten, unbehelligt. Ideal wäre es, wenn einer der Beteiligten Anreize hätte, als Kronzeuge aufzutreten.

Bemerkenswert ist, dass die ESI-Berichte anfangs jahrelang überhaupt nichts bewirkt haben. Wieso fühlten sich die Beteiligten so sicher?

Die allgemeine Atmosphäre der Käuflichkeit war in Straßburg so verbreitet, dass einzelne Abgeordnete, die darüber empört waren, oft innerlich resignierten. Die Kaviar-Diplomatie lief nach 2012 fünf Jahre lang einfach weiter. Das Regime in Baku ließ sogar

aserbaidschanische Berater des Europarats verhaften, so sicher fühlte es sich. Zudem wurden von gewissen Kreisen Berichte in Brüssel lanciert, die behaupteten, wir seien von Armenien finanziert oder von einer russischen Gaslobby, um aserbaidschanische Pipelines zu verhindern. Hinzu kam, dass auch Thorbjørn Jagland, der damalige Generalsekretär des Europarats und damals Vorsitzender des Friedensnobelpreiskomitees, an einer Aufklärung keinerlei Interesse zeigte.

Sie behaupten, der Generalsekretär des Europarats war Teil der Korruption?

Nein. Aber Jagland hätte angesichts dessen, was in Straßburg bekannt war, viel früher eine Untersuchung anstrengen sollen. Er tat es jahrelang nicht.

Warum nicht?

Wir können nicht in die Köpfe der Menschen sehen. Aber der Generalsekretär des Europarats wird von dessen Parlamentarischer Versammlung gewählt, und dort dominierte zu jener Zeit die sogenannte schwarze Koalition von Aserbaidschan und seinen Verbündeten. Gegen diese Lobby konnte ein Generalsekretär kaum wiedergewählt werden. Die größte Gruppe der Delegierten im Europarat ist die russische mit 18 Abgeordneten. Außer den Russen waren bei Abstimmungen auch die meisten spanischen und italienischen Abgeordneten, viele Osteuropäer und auch einflussreiche Franzosen auf der Seite Aserbaidschans. Der Chef der liberalen Fraktion, Jordi Xucla, war ein Verteidiger Bakus. Auch bei Linken und Sozialdemokraten gab es sie, bei britischen Tories, europäischen Rechtspopulisten und bei mehreren aufeinanderfolgenden Chefs der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Da hatten sich über die Jahre regelrecht Erbhöfe gebildet: Neue Abgeordnete übernahmen die Beziehungen zu Baku von ihren Vorgängern. In Belgien zeigten einige Liberale eine erstaunliche Liebe zu Aserbaidschan, in Spanien Konservative, in Osteuropa Exkommunisten. Die meisten Deutschen aus allen Fraktionen haben mit Skandinavien und Schweizern für Menschenrechte gestimmt – allerdings mit Ausnahmen, die umso erstaunlicher waren, darunter die unlängst gestorbene CDU-Abgeordnete Karin Strenz und Axel Fischer, der bis vor kurzem Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses im Bundestag war.

Ab wann haben die Enthüllungen von ESI dann Wirkung gezeigt?

Im Dezember 2016 erschien unser Bericht „Der europäische Sumpf“ und fand viel Beachtung. Doch noch bis April 2017 gab es bitteren Widerstand gegen eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe. Es waren einzelne entschlossene Abgeordnete, wie der deutsche SPD-Politiker Frank Schwabe und der niederländische Christdemokrat Pieter Omtzigt, die eine breite Koalition für Aufklärung mobilisierten. Trotzdem ist europaweit noch zu wenig geschehen. Das Mailänder Urteil gegen Volontè liest sich wie ein Krimi, doch wenn allein dieser Politiker, der nur wenige Jahre in Straßburg war, Millionen aus Baku erhielt, lässt sich ahnen, wie viel Geld seit 2003 geflossen sein mag. Aber nur in Italien und Deutschland wird bisher deswegen ermittelt. Gegen Axel Fischer ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft München wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit von Mandatsträgern. Der Bundestag hat deswegen Fischers Immunität aufgehoben. Bei ihm und zuvor bei Lintner und Strenz gab es Hausdurchsuchungen.

Einige Abgeordnete stehen nun wohl zu Recht am Pranger. Aber besteht nicht die Gefahr, dass am Ende der falsche Eindruck hängenbleibt, Politiker seien „sowieso alle korrupt“?

Dieser Eindruck entsteht, wenn Institutionen über Jahre hinweg Korruption dulden und zu wenige den Mut haben, dies anzusprechen und rechtzeitig zu korrigieren. Bis 2017 hatte sogar die Fifa ein strengeres System der Korruptionsbekämpfung als der Europarat. Das hat sich zumindest in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats seither geändert. Doch entscheidend ist, dass Parteien ihre Mitglieder bei ernstem Verdacht nicht decken, weder in Straßburg noch in Berlin. Stimmenkauf ist nie ein Kavaliersdelikt.

Gibt es aus all dem eine Lehre?

Der tiefe Fall des Europarats zeigt, wie einfach es ist, Institutionen zu korrumpieren, wenn ein autoritäres Regime mit Entschlossenheit und viel Geld daran geht, Parlamentarier zu kaufen. Das ist eine Warnung, denn andere Staaten probieren es wohl auch, zumal sie gesehen haben, dass diese Politik für das Regime in Aserbaidschan gänzlich risikofrei ist. Bis heute hatte es für Alijew keinerlei Konsequenzen, dass die Korruption aufgefliegen ist. Der italienische Fußballverband hat auf Schiedsrichterkorruption einst streng reagiert und Meister Juventus Turin 2006 zum Zwangsabstieg in die zweite Liga verurteilt. Die Mitgliedstaaten des Europarats dagegen haben jahrelang weggesehen und bis heute nichts getan, um solches Verhalten eines Mitglieds zu ächten. Nicht einmal das Stimmrecht Aserbaidschans im Ministerkomitee wurde suspendiert. Warum sollten andere Staaten nicht Bakus Beispiel folgen?

Die Aufdeckung der „Kaviar-Diplomatie“ ist nicht das erste Beispiel dafür, dass ESI-Berichte Wirkung entfalten. Was muss eine Denkfabrik tun, um in die Gesellschaft hineinzuwirken und Veränderungen anzustoßen?

Um notfalls auch jahrelang aus Überzeugung gegen den Strom schwimmen zu können, ist es wichtig, dass Institutionen, die eine Denkfabrik finanziell unterstützen, keinen Einfluss darauf nehmen, wie und zu welchen Themen diese wann publiziert. Auf unsere wichtigsten Unterstützer – die Essener Mercator-Stiftung, das schwedische Ministerium für Entwicklungshilfe und die Open Society Stiftung – trifft das zu. Dazu kommt eine klare Definition der eigenen Rolle: Wir arbeiten wissenschaftlich und unabhängig. Wir sind keine Lobbyisten und nehmen kein Geld von Regierungen, um diese zu beraten. So können wir auch Risiken eingehen. Denn klar ist: Wer Einfluss haben könnte, wird angegriffen.

Von außen wirkt es so, als arbeite ESI ziemlich langsam. Es dauert manchmal Jahre, bis Berichte erscheinen.

Einfluss ist immer das Ergebnis jahrelanger Arbeit. Das funktioniert nie über einen Bericht allein, sondern über viele Publikationen, Vorträge und Treffen. Irgendwann fällt etwas auf fruchtbaren Boden. Man muss dafür über Jahre an einem Thema bleiben. Zudem forschen wir immer als Team. Einzelne können eine empirisch abgesicherte Analyse zu einem komplexen Thema in der Regel nicht leisten. Manchmal holen wir zusätzlich Fachleute dazu. Wir haben uns vor Jahren intensiv damit befasst, wie sich die Qualität staatlicher Statistiken beurteilen ließe, und holten dafür eine ehemalige Mitarbeiterin der europäischen Statistikbehörde Eurostat ins Team. Als es um die Visaliberalisierung für die Staaten des westlichen Balkans ging, arbeiteten wir eng mit ehemaligen europäischen Innenministern zusammen. Zur Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen kooperieren wir seit Jahren intensiv mit polnischen Juristen.

Gibt es eine Strategie, wie Berichte von Denkfabriken besonders effektiv wirken können?

Einfluss besteht für eine Denkfabrik nie darin, Leuten zu sagen, was sie denken sollten. Er entsteht, wenn ein Bericht eine Situation so glaubwürdig und überzeugend beschreibt, dass Leser von selbst zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen. Sehr viele Berichte versuchen, nur jene zu überzeugen, die ohnehin ähnliche Ansichten haben. Zudem müssen Handlungsoptionen Praktiker überzeugen. Man darf auch nie vergessen, dass Personen in wichtigen Funktionen, die Dinge entscheiden können, auf einem ständig wachsenden Berg von Papieren leben. Wenn eine Analyse durchdringen soll unter den Hunderten von Studien, die wöchentlich erscheinen, muss sie packend geschrieben sein. Denn wenn Leute sich nach einem Monat nicht mehr an den Bericht einer Denkfabrik erinnern, ist das so, als wäre er nie geschrieben worden. Ich hoffe, dass jeder, der unsere Berichte zu Aserbaidshan und dem Europarat las, sich nach einem Monat noch an sie erinnern konnte. Wie die Staatsanwälte in Mailand, die von unserer Arbeit ausgingen. Menschen denken in Geschichten. Also schreiben wir Geschichten. Nur dann kann es gelingen, durch Papiere die Welt zu beeinflussen.

Leiter der Denkfabrik

Gerald Knaus, geboren 1970 im österreichischen Bramberg, gründete und leitet seit 1999 die Denkfabrik „Europäische Stabilitätsinitiative“ in Berlin mit heute 16 Mitarbeitern. Er studierte in Oxford, Brüssel und Bologna und war Fellow in Harvard, Wien, Istanbul und Moskau. Er ist Autor der Bücher „Can intervention work?“ (mit Rory Stewart) und „Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl“ (Piper Verlag, 2020). F.A.Z.

Quelle: F.A.Z.